

Pressemitteilung

München 27. Juni 2007

Der Deutsche Kinderschutzbund in Bayern fordert Hilfe statt Sanktionen wenn Eltern die geplante Pflicht zur Vorsorge nicht wahrnehmen

Das bayerische Kabinett hat am 26. Juni beschlossen, dass in Bayern ab Anfang 2008 eine Pflicht zur Wahrnehmung der Versorgungsuntersuchungen von Kindern eingeführt werden soll. Diese soll als Voraussetzung für den Bezug des Landeserziehungsgeldes, den Besuch von Kindertageseinrichtungen und bei der Einschulung gelten. Der Kinderschutzbund, Landesverband Bayern e.V stimmt der gezielten Stärkung des Rechtes der Kinder auf höchstmögliche Gesundheit uneingeschränkt zu, fordert aber den Aufbau eines Hilfesystems anstelle von Sanktionen, wenn Eltern die Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrnehmen.

Der Kinderschutzbund LV BY begrüßt ausdrücklich, dass die Vorsorgeuntersuchungen als Recht des Kindes auf Gesundheit und Schutz von möglichst allen Familien wahrgenommen werden. Hilfe statt Strafe muss aber der Weg dahin sein - zumal wenn befürchtet werden muss, dass die angedrohte Strafe vor allem die Kinder selbst treffen wird.

“Der Kinderschutzbund in Bayern stimmt den formulierten Zielen der Staatsregierung – Stärkung des Rechts von Kindern auf bestmögliche Gesundheit und des Rechts auf Schutz vor Verwahrlosung und Vernachlässigung – uneingeschränkt zu. Wir finden aber, dass statt Sanktionen gegenüber Eltern die die Versorgungsuntersuchungen nicht wahrnehmen, sollte eher das Hilfesystem für Kinder und ihre Familien deutlich ausgebaut werden“, erklärte Ekkehard Mutschler, Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes in Bayern.

Die Staatsregierung will die Auszahlung des Landeserziehungsgeldes an den Nachweis der Vorsorgeuntersuchung koppeln.

Nach Vorstellung der Staatsregierung sollen Eltern verpflichtet werden, bei einer Anmeldung des Kindes in einer Kindertageseinrichtung einen Teilnahmenachweis für die zuletzt fällige Vorsorgeuntersuchung vorzulegen.

“Nach Ansicht des Kinderschutzbundes führt die geplante Regelung dazu, dass manche Familien, um Sanktionen und Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, auf eine Anmeldung ihres Kindes in einer Kindertageseinrichtung verzichten oder nach einer Aufforderung zur Vorsorgeuntersuchung nicht noch einmal bei der Kindertagesstätte vorsprechen werden. Dies führt dazu, dass diesen Kindern ihr Recht auf bestmögliche Förderung verwehrt wird.

Ein zweiter Kritikpunkt bezieht sich auf die fehlende Hilfestellung für die Eltern, die Untersuchungen tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Hier weist das Modell der Stadt

Dormagen einen niedrighschwelligen und bereits nach kurzer Erfahrungszeit nebenbei auch kostengünstigen Weg der effektiven Unterstützung von Familien.

Der Deutsche Kinderschutzbund

Der Deutsche Kinderschutzbund in Bayern (DKSB) ist Dachverband für 54 Orts- und Kreisverbände. Im Bundesverband des DKSB sind 16 Landesverbände und insgesamt 450 Orts- und Kreisverbände vertreten.

Auf der Grundlage seiner Satzung und des Leitbildes verfolgt der Kinderschutzbund in Bayern folgende Ziele:

- Mitarbeit an der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes
- Mitarbeit an der Verwirklichung einer kinderfreundlichen Gesellschaft
- Fachliche und organisatorische Unterstützung der Orts- und Kreisverbände
- Lobbyarbeit auf Landesebene für Familien und ihre Kinder
- Erarbeitung sozialpolitischer Stellungnahmen und Resolutionen

Nachfragen und weitere Informationen:

- **Herr Ekkehard Mutschler** Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes,
Landesverband Bayern e.V.
089-9200890,
09074-1261